Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse

Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse; Verein Scharotl

**Band:** 11 (1986)

Heft: 4

**Rubrik:** Pro Juventute will "Reuegeld" an Fahrende zahlen

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 27.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nr. 247

# Pro Juventute will «Reuegeld» an Fahrende zahlen

Die Stiftung «Pro Juventute» errichtet einen Fonds zugunsten der Opfer des Hilfswerks «Kinder der Landstrasse». Zehn Prozent der Einnahmen aus der in diesen Tagen anlaufenden Briefmarkenaktion – rund 500 000 Franken – sollen dem Fonds zugeführt werden.



Alt Bundesrat Rudolf Friedrich (rechts) und Pro-Juventute-Stiftungsrat Paolo Bernasconi (links) an der gestrigen Pressekonferenz in Zürich.

Foto Bild + News

**Zürich.** Das Hilfswerk «Kinder der Landstrasse», eine Unterabteilung des Pro-Juventute-Zentralsekretariats, trennte zwischen 1926 und 1973 über 600 Kinder von Fahrenden von ihren Familien und versorgte sie in Heimen und bei Sesshaften. Ziel der Aktion war letztlich die Ausrottung der «Zigeunerkultur».

Wie die Pro Juventute unter dem Präsidium von alt Bundesrat Rudolf Friedrich gestern in Zürich bekanntgab, soll heute – dreizehn Jahre nach der Schliessung von «Kinder der Landstrasse» – mit der Errichtung eines Fonds «in konkreten Einzelfällen» Wiedergutmachung und «tätige Entschuldigung» geleistet werden: Zehn Prozent – nach Schätzungen der Stiftung rund 500 000 Franken – des Wohlfahrtszuschlages aus dem diesjährigen Markenverkauf der Pro Juventute sollen in den neuen Fonds fliessen. Das Jahresbudget der Pro Juventute beläuft sich auf jährlich rund 30 Millionen Franken.

Der Fonds soll von drei «unabhängigen, anerkannten Persönlichkeiten» geführt werden; die drei Personen müssen allerdings von der Stiftungskommission der Pro Juventute bestätigt werden. Pro-Juventute-Stiftungsrat Alfred R. Sulzer bezeichnete es gestern auf Anfrage als «durchaus

möglich», dass auch ein Vertreter der Fahrenden-Vereinigung «Radgenossenschaft der Landstrasse» in der Fondskommission Einsitz nimmt.

«Es wäre naiv und blauäugig, wenn man bestreiten wollte, das hinter diesem Schritt auch ein ökonomischer Zwang steht», erklärte Sulzer gegenüber der BaZ. Die Stiftung sei auf die Einnahmen aus dem Markenverkauf angewiesen. Nachdem diese Einnahmen 1985 in der Folge der Diskussion um «Kinder der Landstrasse» in Bern um über zwanzig Prozent, in Zürich um rund zehn Prozent zurückgegangen waren, befürchtete man bei der Pro Juventute für die jetzt anlaufende Verkaufsaktion noch weitergehende Einbussen. Die «Radgenossenschaft der Landstrasse» rief im September erneut zu einem Bovkott von Kauf und Verkauf der Briefmarken auf.

Der Rechtsvertreter der Radgenossenschaft, der St. Galler Rechtsanwalt Fredy Fässler, kritisierte gestern gegenüber der BaZ das Vorgehen der Pro Juventute: «Die Pro Juventute hat noch immer nichts gelernt.» Zwar sei die Idee, Wiedergutmachung zu leisten, «an sich begrüssenswert». Dass der Fonds aber ohne vorhergehende Absprache mit den Betroffenen errichtet wird, ist laut Fässler «höchst unanständig und arrogant». Fässler glaubt, dass unter den Fahrenden kaum jemand für die Mitarbeit in der Fondskommission gefunden werden kann, solange die Kommission von der Pro Juventute gewählt werde und «deshalb nicht unabhängig» sei.

Die Pro Juventute hatte sich im Verlauf der Diskussion um ihr Hilfswerk «Kinder der Landstrasse» bereits wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, sie drücke sich um die Verantwortung. Dass der Vorwurf zumindest teilweise berechtigt ist, bestätigte die Pro Juventute gestern: Zur Pressekonferenz über den neuen Fonds waren nur drei Agentur-Journalisten zugelassen. Nachdem eine Pressekonferenz der Pro Juventute vor ein paar Monaten von Fahrenden «gestört worden war», fürchtete man «ein ähnliches Theater», wie Friedrich auf Anfrage erklärte. Deshalb habe man nur die drei Presseagenturen eingeladen. Danni Härry

# Weiterhin keine Entschuldigung

hy. Der Präsident der Pro Juventute, alt Bundesrat Rudolf Friedrich, will sich weiterhin nicht im Namen der Pro Juventute bei den Fahrenden für das ihnen zugefügte Leid entschuldigen. Friedrich distanzierte sich zwar bisher wiederholt von «Kinder der Landstrasse». Die betroffenen Fahrenden verlangen vom heutigen Stiftungspräsidenten aber eine ausdrückliche Entschuldigung. Während Stiftungsrats-Mitglied Alfred R. Sulzer sich gestern im Gespräch mit der BaZ persönlich entschuldigte, wollte

Friedrich nach wie vor nicht so weit gehen; «Langsam muss ich darüber lachen. Uns geht es um die Wiedergutmachung in berechtigten Fällen. Daneben laufen wir unsere eigene Linie und lassen uns von anderen Leuten keine andere Richtung vorschreiben», erklärte Friedrich gegenüber der BaZ. Ob 500 000 Franken zur Wiedergutmachung ausreichen, weiss der alt Bundesrat noch nicht: «Das soll jetzt die Fonds-Kommission abklären.»